

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: 77. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 235 B BERLIN • Donnerstag, den 6. Oktober 1932 1. JAHRGANG

Nun gerade Kampf! Nicht nur Not, sondern auch Gehorsam wird verordnet.

Die Teilung Asiens.

Von Alexis Baranoff (Schanghai).

Die Indische Regierung hat beschlossen, den Einfuhrzoll auf alle nicht-britischen Baumwolltextilien um 50 Prozent zu erhöhen (statt einem Drittel soll der Zoll fortan die Hälfte des Wertes der verzollten Ware betragen). Diese Maßnahme trifft in erster Linie die japanische Baumwollimporteure, die besonders im letzten Jahr erheblich an Umfang zugenommen hatte und in den billigen Sorten die britische Ware zurückgedrängt hatte. Indien ist in normalen Zeiten der zweitwichtigste Abnehmer japanischer Baumwolltextilien und hat während des letzten Jahres im Zusammenhang mit dem anti-japanischen Boykott in China an Bedeutung noch zugenommen. Die britischen Kaufleute in Indien beklagen sich über ein japanisches Dumping, und es trifft sicherlich zu, daß die Japaner durch Preisunterbietung den Markt für sich zu erobern suchten, genau so wie sie auch den chinesischen Markt seit diesem Sommer mit unglaublich billigen Textilien überschwemmen.

Die Billigkeit der japanischen Einfuhr, die übrigens nicht nur als Dumping zu erklären ist, sondern ebenso durch die billigen Arbeitslöhne in Japan und durch den Verzicht der Kaufleute auf große Gewinne bedingt ist, trifft Großbritannien dadurch noch in verstärktem Maße, daß sie den indischen Boykott gegen britische Waren fördert und geradezu ermöglicht. Dann erst die Ersetzbarkeit der boykottierten Ware durch eine solche, die nicht aus dem Ausland kommt, macht den Boykott zu einer Massenerscheinung, d. h. erst zu einer wirklichen Waffe.

Die Zollmauer gegen Japan erscheint daher ebenso sehr als Mittel Englands, den indischen Widerstand zu brechen.

Im Rahmen der seit dem Weltkrieg einsetzenden Entwicklung, nämlich der Verdrängung Groß-Britanniens aus fast allen asiatischen Märkten durch die japanische Konkurrenz, kommt der Errichtung eines britischen Einfuhrmonopols in Indien offenbar eine große Bedeutung zu. Der japanischen Textilindustrie war es seit dem Weltkrieg gelungen, den chinesischen Markt in einer Weise zu beherrschen, daß der noch verbleibende Rest der britischen Einfuhr lediglich einer gewissen „Trägheit“ des Marktes zu verdanken war, wie eine Studienkommission im Jahre 1930 feststellte. Der anti-japanische Boykott führte eine zeitweilige Besserung des britischen Geschäfts herbei, das im Zusammenhang mit der Aufhebung der Goldwährung einen ruckartigen Aufschwung nahm. Aber diese Blüte war kurz: der Boykott brach zusammen, und schon im Juni erreichte die japanische Einfuhr ihre normale Höhe. Diese Entwicklung wird durch alle Boykotte allenfalls verlangsamt, aber nicht aufgehalten. Und da China, das Japan überhaupt existieren will, mit Japan im Frieden leben muß, so gehen wir dem Zustand entgegen, wo Japan ein praktisches Monopol in China haben wird. Das britische Monopol in Indien verleiht dem Bild: es ist eine Schranke für die weitere Expansion Japans, aber auch ein Sich-schadlos-halten der britischen Baumwollindustrie.

Durch die politischen Vorgänge im Fernen Osten — Japans Eroberungen auf dem asiatischen Festland und Groß-Britanniens passives Gewährenlassen — erhält die Teilung der wirtschaftlichen Aufteilung Asiens eine weitere Bestätigung. Groß-Britannien würde das Vorgehen Japans nicht so stillschweigend oder in einigen Fällen sogar ermunternd hingenommen haben, wenn auf der anderen Seite nicht jene Wertlosigkeit des chinesischen Marktes für Großbritannien und die Anheftung eines Marktes innerhalb des „British Empire“ vorhanden gewesen wäre.

Trotzdem erklärt die wirtschaftliche Eroberung des chinesischen Marktes durch Japan noch nicht zur Genüge, warum Großbritannien sich anscheinend zurückzieht (auch wenn es in Indien einen Ersatz zu finden hofft). Anders formuliert: bedeutet die Ausquartierung Groß-Britanniens aus dem chinesischen Markt eine Niederlage? Ist es die Stärke der japanischen Waffen, die es England ratsam erscheinen läßt nachzugeben?

Zum Teil gewiß. Daneben sind jedoch noch andere Gründe vorhanden, die das Verhalten der britischen Politik im Fernen Osten erklären. In Mittel-China stehen neun „Rote Armeen“ in einem erfolgreichen Kampf gegen die Regierung. Schon Provinzen sind schon seit zwei Jahren der Schauplatz dieses Bürgerkrieges, der sich verheerender und zerrüttender erweist, als alle Generalkriege gewöhnlicher

Amtlich wird mitgeteilt: „Im heutigen Reichsanzeiger wird eine weitere Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers veröffentlicht, in der die von der Reichsregierung schon bisher ständig vertretene Auffassung hinsichtlich der Friedenspflicht der Gewerkschaften nochmals ausdrücklich klargestellt wird. Nach der Verordnung gilt die Erfüllung des Arbeitsvertrags trotz der von dem Arbeitgeber wegen Belegschaftsvermehrung vorgenommenen Lohnermäßigung als dem Tarifvertrag entsprechend, so daß Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei gegen die Durchführung der

nehmen ihn auch nicht tragisch. Die Position der Gewerkschaften wäre durch den Erlaß eines Streikverbots schwieriger geworden, wie es von den Scharfmachern im Unternehmerlager immer wieder gefordert wird. Allerdings hätte ein Streikverbot den Konflikt auf die Spitze getrieben; und es ist nicht abzusehen, was für die Regierung und die Unternehmer dabei herausgekommen wäre. Einsichtige Unternehmer beginnen bereits Bedenken gegen den ganzen sozialpolitischen Teil der Notverordnung vom 5. September zu äußern. Herr v. o. n. P a p e n hat den Unternehmern da eine böse Suppe eingebracht. Es stehen nämlich bei den Lohnkonflikten auf Grund der Notverordnung

Freispruch im Berliner Kommunistenprozess zu erwarten.

Der Staatsanwalt hat in dem Prozess gegen die Kommunisten auch immer halbflosser geworden.

Anklage wegen Totschlags fallen gelassen. Er plädierte auf schweren Landfriedensbruch und beantragte folgende Strafen:

gegen Calm wegen Rädelführerschaft: zehn Jahre Zuchthaus; gegen Tobehn und Schall wegen mittelbarer Rädelführerschaft; je fünf Jahre Zuchthaus; gegen Zweig und Sterdt: je zwei Jahre Zuchthaus.

Für alle fünf stellt er Anrechnung der Haftzeit an, aber keine Haftentlassung anheim.

Die angeklagten Beier, Heine, Kolosche und Krüger betrachtete er als nicht überführt und beantragte daher Freispruch und sofortige Haftentlassung für sie.

Inzwischen hat das Gericht dem Haftentlassungsantrag für alle Angeklagten zugestimmt. Begründung: Dringender Tatverdacht bestehe nicht mehr!

(Weiterer Verhandlungsbericht im Innern des Blattes.)

Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten. Der Reichsarbeitsminister hat diese Klarstellung als angezeigt gehalten, um in den beteiligten Krisen jeden Zweifel über die Rechtslage auszuschließen und unnötige Streitigkeiten und Prozesse zu vermeiden.“

So einfach liegen die Dinge allerdings nicht, wie sich der Herr Reichsarbeitsminister das denkt. Seine Verordnung würde die Unternehmer aus einer schwierigen Situation auf Kosten der Arbeiterschaft heraushelfen, wenn ihr eine rechtliche oder praktische Bedeutung zukäme. Aber die Gewerkschaften sind ja bekanntlich in der Beurteilung der durch die Notverordnung vom 5. September geschaffenen Rechtslage grundsätzlich anderer Meinung als der Reichsarbeitsminister und die Unternehmer. Diese Meinungsverschiedenheiten können nicht durch noch so viele Wiederholungen der Auffassung des Reichsarbeitsministers hinweggewischt werden. Ueber die Rechtmäßigkeit des durch Notverordnung verfügten Eingriffs in das Tarifrecht kann keine Verordnung des Reichsarbeitsministers, sondern nur das Reichsarbeitsgericht das letzte Wort sprechen, und es wird Sache der Arbeitgeberverbände sein, eine solche Entscheidung herbeizuführen.

Die Gewerkschaften haben gar kein Interesse daran, diese Entscheidung von sich aus herbeizuführen.

Die Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers hat keine rechtliche Bedeutung und ändert an der gegenwärtigen Lage nichts. Sie kann höchstens als ein Einschüchterungsversuch gegenüber den Gewerkschaften bewertet werden. Damit wird Herr Schäffer aber wenig Erfolg haben. Die Gewerkschaften brauchen einen solchen Einschüchterungsversuch nicht tragisch zu nehmen, und

nicht wie sonst bei Tarifstreitigkeiten alle Arbeiter des Tarifbezirks dem Unternehmerverband gegenüber, sondern bei den gegenwärtigen Arbeitskämpfen stellen meistens die Arbeiter eines einzelnen Betriebes, zum Teil sogar nur einer Abteilung eines Betriebes dem einzelnen Unternehmer gegenüber. Und dieser Unternehmer kann bei seinen „Kollegen“ auf keine Solidarität rechnen, weil sie Konkurrenten von ihm sind, die keinerlei Interesse daran haben, daß er die Löhne seiner Belegschaft senkt und damit konkurrenzfähiger wird.

Herr Schäffer scheint die Schwierigkeit seiner Lage und den taktischen Vorteil der Gewerkschaften richtig einzuschätzen. Er vermeidet es deshalb wohl, den Konflikt mit den Gewerkschaften auf die Spitze zu treiben, und begnügt sich mit der erneuten Proklamation seiner schon einmal ergebnislos vorgetragenen Privatmeinung, statt ein Streikverbot zu erlassen. — Eine gute Lehre für alle Gewerkschaftskollegen!

Das Arbeitsgericht München erließ folgende einstweilige Verfügung:

Dem Deutschen Bauergewerkschaftsbund, Bauergewerkschaft München, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle München, und dem Zentralverband der Bauarbeiter, München, wird bei Meldung einer Gefahr von unbeschränkter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, über die Baustellen der Mitgliedsfirmen des Bayerischen Bauergewerkschaftsbundes e. V. im Bereich des Arbeitsgerichtes München die Bausperre zu verhängen, sowie zum Streik aufzufordern oder solche Streiks direkt oder indirekt zu unterstützen. Ferner werden diese Gewerkschaften vom Arbeitsgericht aufgefordert, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß im Bereich des Arbeitsgerichtes München der tarifvertragliche Zustand wieder hergestellt wird.

Art. Hankau, der Hauptverteilungsplatz für Zentral-China, ist nur mehr eine kleine „Insel im roten Meer“, die ihre Existenz vielleicht nur der Anwesenheit englischer, japanischer und amerikanischer Kriegsschiffe verdankt. Die Kaufkraft Chinas nimmt rapide ab, und nur der Waffenlieferant scheint vorläufig noch gewisse Ansichten zu haben.

England hat alle Hände voll zu tun, den Brand in Indien zu löschen. Die Aufstellung des japanischen Politisten in China ist darum nicht nur verhängnisvoll, sondern geradezu eine Notwendigkeit im Interesse der Kolonialpolitik. Die „Aufteilung Asiens“ erhält so eine noch tiefere Bedeutung: es ist die Gegenmaßnahme gegen die Revolution in Asien,

England vor verschlossenen Türen. Wird Amerika helfen?

Die Gerichte über die englische Pläne, die eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in der Wehrfrage herbeiführen sollen, haben insofern eine Erweiterung erfahren, daß jetzt statt von einer Vier-Mächte-Konferenz (Deutschland, England, Frankreich und Italien) von einer Konferenz zu Fünfen die Rede ist — auch die USA sollen zur Teilnahme aufgefordert werden.

Die „zuständigen“ und die „politischen Kreise“, die im Interesse der Presse den politischen Lauf der Dinge mit ihrem unverbindlichen, aber mit Würde vertretenen Urteil zu begleiten pflegen, haben sich dieses Mal sowohl in der deutschen wie in der französischen Hauptstadt äußerst unwillig ausgesprochen und ihre Regierungen zu Vorsicht und Mißtrauen gemahnt — die einen, weil sie von MacDonald zu viel, die anderen, weil sie von ihm zu wenig Verständnis für die deutschen Wünsche erwarten.

Währenddessen sind in Genf in den vergangenen Tagen die Vertreter der Kleinen Entente mehrfach zusammenge-

kommen und haben dagegen protestiert, daß die Behandlung der Gleichberechtigungsforderung gemäß den englischen Plänen in London statt in Genf stattfinden und dadurch außer den vertretenen Großmächten allen anderen Staaten entzogen werden soll.

Gibt es einen Weg, der über dieses von allen Seiten angehäufte, zum großen Teil berechtigte Mißtrauen hinwegführt? Nur eine Regierung, die zu einer eindeutig ehrlichen und offenen Politik entschlossen wäre, würde ihn zu finden und zu gehen verstehen. Wir haben keinen Grund, von einem der heute Beteiligten eine solche Politik zu erwarten.

Die offizielle Einladung zu der Fünf-Mächte-Konferenz wurde am Dienstag nachmittag von dem englischen Geschäftsträger im Berliner Auswärtigen Amt übergeben.

In Frankreich spricht man davon, daß Herriot seine Zustimmung zu dem englischen Plan davon abhängig gemacht habe, daß die Konferenz in Genf statt in London stattfindet, daß die interessierten kleinen Mächte keinen Einspruch erheben, und daß die Konferenz den endgültigen Beschluß über die Gleichberechtigung, den der Völkerbund zu fällen habe, nur vorbereite.

Erfolg de Valeras.

Abberufung des irischen Generalgouverneurs.

Auf Ersuchen des irischen Ministerpräsidenten De Valera hat der britische König dem Generalgouverneur von Irland, James McNeill, die Genehmigung erteilt, „seinen Posten aufzugeben“ — wie es in der offiziellen Erklärung höflich ausgedrückt ist. Weiterhin geht aus jener Erklärung hervor, daß der Posten des Generalgouverneurs von einem Ausschuss eingenommen werden soll, der aus drei Richtern, einschließlich des obersten Richters, besteht. Dieser Ausschuss soll im Amt bleiben, bis — wenn überhaupt — ein Nachfolger McNeills bestimmt wird.

Wahrscheinlich wird er nicht bestimmt werden; denn De Valera hat sich nicht wegen besonderer Streitigkeiten für die Absetzung McNeills eingesetzt, obwohl auch solche vorlagen, sondern weil er dagegen ist, daß der englische König das Recht hat, seinen Vertreter zum Gouverneur von Irland zu machen. Er will das Amt des Generalgouverneurs mit seinem eigenen, dem Amt des Ministerpräsidenten, vereinigen.

Die Abberufung des Gouverneurs bedeutet eine weitere Loslösung Irlands aus dem britischen Weltreich, zu dem es jetzt praktisch nicht anders steht, als irgend ein fremder Staat, wenn es auch theoretisch noch britisches Dominion ist.

Die Abberufung des britischen Generalgouverneurs für Irland durch den König hat zu einer gewissen Beruhigung in den irisch-englischen Beziehungen geführt. De Valera ist am Dienstag, auf dem Wege von Genf nach Dublin, in London abgestiegen und wird die vor längerer Zeit abgebrochenen Verhandlungen mit englischen Ministern wieder aufnehmen.

Erfreuliche Entschiedenheit gegen päpstliche Anmaßungen.

Mexiko droht dem Papst.

Der mexikanische Präsident Rodriguez hat dem Papst auf dessen Enzyklika über die Lage der Kirche in Mexiko geantwortet. Rodriguez droht, er werde

die katholischen Schulen in Fabriken umwandeln, wenn der Papst bei seiner anmaßenden Haltung bleibe. Der Papst verbreite ungenaue Meldungen über Mexiko und reize den mexikanischen Klerus zur Uebertretung der Gesetze.

Diese Erklärung des Präsidenten Rodriguez ist von der mexikanischen Kammer einstimmig gebilligt worden.

Rodriguez hat dem Papst inzwischen eine noch deutlichere Antwort auf dessen Enzyklika erteilt: er hat den päpstlichen Legat in Mexiko, Erzbischof Ruiz y Flores, aus dem Lande ausgewiesen.

Eine verwickelte Geschichte.

Nach Schluß der Badesaison hat Herr Bracht nun also glücklich seine Richtlinien für die Badebekleidung von Männern und Frauen herausgegeben. Das war gewiß nötig; denn ohne diese Richtlinien hätte man kaum wissen können, ob man nicht gemäß der Sittlichkeitsverordnung vom August mit Schlips und Kragen hätte baden gehen sollen.

Aber nun sind wir aus dem Dilemma heraus:

„Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Entsprechende Vorschriften gelten auch für die Männer.“

Brust und Leib an der Rückseite des Körpers brauchen also nicht bedeckt zu sein — ein Trost!

Die angeschnittenen Beine und der Zwickel sind nicht aufschlußreicher. Niemand wird sich Herrn Bracht zuliebe die Beine anschnneiden, auch die seines Badeanzuges wird er bei der herrschenden Geldknappheit sicher gern schonen.

Und der Zwickel! Das war so unmöglich, daß eine Erläuterung herausgekommen ist, die den Begriff „Zwickel“ definiert. Nach dieser Erläuterung handelt es sich bei einem Zwickel um einen „Stoffeinsatz im Schritt“. Nun kann einer raten, wie man in einem Schritt einen Stoffeinsatz hineinbringt. Das Muckertum geht also so weit, daß man sich nicht zu sagen getraut, die Badehose solle zwischen den Hosenschenkeln einen Keil eingesetzt bekommen. Diese Furcht, das was man meint, und was einen offenbar sehr beschäftigt, auch zu sagen, ist weit verbreitet. Es gibt Leute, die sich zehnmal versprechen, ehe sie das Wort „Schwangerschaft“ über die Lippen kriegen. Am tollsten geht es beim Sterben zu. Was sich die Leute ausdenken, um das Wort „sterben“ zu vermeiden, geht auf keine Kuhhaut. Herr X. ist „verschieden“, „heimgegangen“, „verblichen“, „entschlafen“, von Gott „zu sich gerufen worden“ u. s. w. Es ist gewiß nicht schlecht, wenn es für die gleiche Sache mehrere Bezeichnungen gibt; nur dürfen sie nicht mehr deutlich sein.

Inflation und Klassenkampf verhindert. Hoover zeigt seine Verdienste.

Am Dienstag abend begann Hoover seinen Wahlfeldzug mit einer Rede in Des Moines. Er berichtete, im Juli habe der Finanzminister ihm mitgeteilt, daß bei gleichbleibender Nachfrage

nur noch für zwei Wochen Gold

vorhanden sei. Dank der unternommenen Schritte sei die Inflationsgefahr aber abgewandt worden: die Schlacht sei gewonnen! Hoover verteidigte in diesem Zusammenhang die Schutzzollgesetzgebung und sprach

gegen eine Streichung der Kriegsschulden.

Hoover schloß mit der Feststellung,

seine Regierung habe dauernd gegen den Klassenkampf gekämpft.

der durch Streiks, Arbeiterentlassungen und sonstige Streitigkeiten in der Industrie verursacht worden sei. Die Bemühungen der Regierung hätten jetzt erreicht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gut zusammenarbeiteten. — Mit anderen Worten: Hoover ist mit dem Ergebnis der Lohnsenkungskampagne zufrieden.

Alkohol-Verseuchung vorbereitet.

H. Lt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist bald Präsidentenwahl. Wenn die Demokraten siegen, wird das Alkoholverbot beseitigt werden. Ob sie siegen, ist zweifelhaft. Der kluge Mann baut vor: „Evening Standard“ meldet aus Schottland, daß die dortigen Whisky-Fabriken amerikanische Anfragen nach großen Whisky-Lieferungen erhalten haben. Abnahme vorbehalten!

Lehrerersatz durch Rundfunk.

F. D. Die Stadt Chicago arbeitet angeblich einen Plan aus, wonach eine halbe Million Schulkinder durch Rundfunk unterrichtet werden. Wegen der schlechten Finanzlage will die Stadt die Schulen schließen.

Die Metzerei zwischen Japan und China.

In der Gegend von Mandschuria haben die chinesischen Freischärler jetzt von dem gesamten Gebiet Besitz ergriffen, das in der Gegend der westlichen Hälfte der ostchinesischen Eisenbahn liegt, und dort eine eigene Regierung gebildet. Die Japaner haben ein Flugzeuggeschwader, das aus 40 Maschinen besteht, gegen sie eingesetzt.

Am Nonny-Fluß wurden in einem japanischen Straffeldzug 1500 chinesische Freischärler getötet. Die Ueberlebenden befinden sich auf der Flucht in Richtung des Uberschwemmungsgebietes und werden von japanischen Bombenflugzeugen verfolgt.

Herr Bracht hat noch angeordnet, daß seine Badeanzugsvorschriften auch den „Erzeugern und Inhabern von Verkaufsstellen für Badebekleidung“ zur Kenntnis gebracht werden. Meint er wirklich, daß die Bauunternehmer das besonders wissen müssen, also die Erzeuger von Verkaufsstellen? Vielleicht damit die Bauarbeiter bei ihrer schweren Beschäftigung nicht etwa zu leicht bekleidet gehen, vielleicht Hosen ohne Zwickel tragen? Oder meint Herr Bracht einfach die Erzeuger von Badebekleidung? Und wenn er das meint, warum sagt er das nicht? Weil man solche Verordnung nicht in einfachem Deutsch von sich geben kann, ohne alle Lachmuskeln lebensgefährlich zu reizen.

Davon lebt überhaupt der größte Teil des ganzen juristischen Formelkrams: Von der Lateinisch-Rederei (wie Leonard Nelson das in seiner herrlichen kleinen Schrift: „Vom Bildungswahn“ getauft hat). Entlarven wir diesen Unfug! Zwingen wir die „nationalen“ Deutschen, Deutsch zu reden, damit sie sich nicht hinter Fremdwörtern verstecken können!

Eine neue Muckerverordnung.

Die Mucker in Deutschland sind sehr betriebsam geworden und haben damit auch Erfolge, wie die „Zwickel“-Verordnung beweist. Aus den verschiedensten Teilen Preußens sollen jetzt an den Reichskommissar für Preußen Klagen gelangt sein, die eine Verstärkung des Kampfes gegen „sittliche Verfallserscheinungen in den Großstädten“ verlangen. Die Bekämpfung der allgemein beklagten „Auswüchse“ der Prostitution sei erschwert durch die unzulänglichen Vorschriften des Reichsgesetzes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Das preußische Innenministerium hat daher an das Reichsinnenministerium den Antrag gerichtet, das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten abzuändern.

Rechtsnot und Klassenkampf.

H. M. „Die Rechtsnot in Deutschland.“ Das war das Thema einer öffentlichen Konferenz, die am Dienstag im ehemaligen Herrenhaus in Berlin von der Liga für Menschenrechte ver-

Eupen-Malmedy.

Die belgische Regierung weist deutschen Nationalismus zurück.

In Krefeld fand in der vorigen Woche eine Vertretertagung der Landmannschaften von Eupen-Malmedy statt, ein nationalistisches Unternehmen, das auch von der deutschen Reichsregierung warm begrüßt wurde. In ihren Begrüßungstelegrammen wiesen Gayl und Schleicher darauf hin, daß Eupen-Malmedy nur unrechtmäßiger Weise von Deutschland abgetrennt worden sei.

Diese Telegramme, wie überhaupt die ganze Tagung, haben nicht dazu beigetragen, in Belgien eine besonders deutschfreundliche Stimmung zu erwecken. Die belgische Regierung hat eine amtliche Erklärung herausgegeben, in der sie gegen diese Kundgebungen protestiert und daran erinnert, daß Deutschland seine neuen Grenzen durch die Verträge von Versailles und Locarno gebilligt habe und daß der Völkerbund die Abstimmung, die zu der Abtrennung Eupen-Malmedys vom Deutschen Reich geführt habe, als rechtmäßig anerkannt habe.

Tschitscherin, der ehemalige sowjetrussische Außenkommissar, der seit zwei Jahren im Politbüro der KPR beschäftigt war, ist von diesem Amt zurückgetreten. Von dem Politbüro erhält er eine Pension auf Lebenszeit.

Neue Nazistimmen-Verluste.

Nazi-Presse schweigt.

Bei Gemeindewahlen in West-Ratekau im oldenburgischen Landesteil Lübeck-Eutin erhielten, bei einer Wahlbeteiligung von 88 Prozent, an Stimmen

(das Ergebnis bei der oldenburgischen Landtagswahl

	am 29. Mai 1932 in Klammern):
Sozialdemokraten	1 094 (1 086)
Nationalsozialisten	1 059 (1 320)
Kommunisten	221 (186)
Bürgerliche Liste	347 (210)

Ein Vergleich mit den Reichstagswahlen 1932 ist nicht möglich, da damals 2 113 Stimmen auf Stimmzettel abgegeben wurden.

Es ist bezeichnend, daß die Presse der Nationalsozialisten ihren Lesern kein einziges Resultat der in den letzten Wochen stattgefundenen Gemeindewahlen mitgeteilt hat.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Göttingen: Sonnabend, 8. Oktober, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Kampf den faschistischen Baronen! Redner: Maria Hodann, Berlin.

Freie Aussprache! Eintritt freil

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Donnerstag, den 6. Oktober 1932, 20 Uhr, im Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2. Thema: Autarkie oder Weltwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

Köln Köln

Öffentliche Kundgebung:

Sondergerichte und Klassenjustiz

Redner: Rechtsanwalt Dr. Erich Lewinski (Kassel)

am Sonnabend, dem 8. Oktober 1932, 20.15 Uhr, im Coloniahaus, Köln, Aachener Straße 5.

Veranstalter: Deutsche Liga für Menschenrechte, Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund (ISK), Deutsche Friedensgesellschaft.

Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichter, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Vert.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

anstaltet wurde. Die Redner, Ministerialdirektor Dr. Brill, Prof. Dr. Hugo Sinzheimer und Rechtsanwalt Dr. Rudolf Olden, wiesen auf die Rechtsnot hin, die in Deutschland auf dem Gebiet der Verfassung, der Justiz, der Gesetzgebung, vor allem aber der Streik- und Koalitionsfreiheit der Arbeiter herrscht. Besonders Olden betonte, daß einen Teil der Schuld an dieser Lage der Mangel an Rechtsgefühl im deutschen Volke trage. Er betonte mit Recht, daß ein Fall wie die Droyfuß-Affäre in Deutschland nicht ausdenkbar wäre. Zwar gibt es in Deutschland auch Fehlurteile; daß aber deswegen ein förmlicher Aufstand in der Bevölkerung entsteht und Regierungen dadurch zu Fall gebracht werden, das kann man sich in Deutschland gar nicht vorstellen.

An positiven Vorschlägen oder auch nur an einer klaren Darlegung, weshalb diese Rechtsnot sich in Deutschland so fest verankern konnte, fehlte es leider vollständig. In dieser Hinsicht war die Diskussionsrede Hans Littens zu begrüßen, in der er darauf hinwies, daß das, was in dieser Versammlung als „Rechtsnot“ bezeichnet wurde, nichts anderes ist als eine Folge von Klassenkampf-Maßnahmen seitens der herrschenden Klasse. Mit dieser Feststellung meinte Littens bewiesen zu haben, daß es diesen „Begriff des metaphysischen Rechts“, von dem die anderen Redner gesprochen hatten, nicht gibt.

Die Erkenntnis, daß es ein objektives Recht gibt, schließt ja keineswegs die andere aus, daß dieses Recht in einem Klassenstaat dauernd verletzt wird. Gerade weil wir glauben, daß das Recht kein Phantasie-Produkt von Armstuhl-Professoren ist, kämpfen wir gegen die Sondergerichte und darüber hinaus gegen die Klassenherrschaft überhaupt.

Diese Auffassung geht keineswegs hervor aus der Resolution, die am Schluß der Versammlung angenommen wurde: „Die von der Deutschen Liga für Menschenrechte einberufene Konferenz „Die Rechtsnot in Deutschland“ gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verordnungen über Sondergerichtsbarkeit aufgehoben werden müssen. Die Beschränkung der Rechtsgarantien in Verbindung mit den ungeheuerlichen Mindeststrafen führt zu Verfahren und Urteilsprüchen, die das Ansehen der Justiz untergraben. Die Wahrheitsfindung, im politischen Prozeß an sich sehr erschwert, wird bei den Eigentümlichkeiten der Sondergerichtsbarkeit nahezu unmöglich. Die Not, in die das deutsche Recht geraten ist, bedeutet zugleich eine Wissensnot der bei den Sondergerichten beteiligten Juristen. Die zu Tage liegende Gefahr, daß Unschuldige schwere Strafen erleiden, erschüttert das Rechtsbewußtsein des Volkes.“

Kommunistische Gewerkschaftspolitik in England.

Keine Isolierung, aber dafür Fraktionen!

H. M. Wie in anderen Ländern, so versuchen die Kommunisten auch in England, revolutionäre Fraktionen in den Gewerkschaften zu bilden. Die Organisation, die diese Fraktionen in England zusammenfaßt, heißt National Minority Movement (NMM: Nationale Minderheits-Bewegung). Die Ziele der NMM sind:

1. die Führung in den bestehenden Gewerkschaften zu erobern, um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu betreiben;
2. Zusammenfassung der aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Arbeiter in neuen Gewerkschaften;
3. angesichts des Verfalls der reformistischen Gewerkschaften sollen „wilde“ Streiks organisiert und bei allen Streikbewegungen Aktionsbewegungen und Streikkomitees gebildet werden.

Die Erfahrung hat bewiesen, was schon auf Grund einer bloßen Betrachtung dieses Programms als Folge der kommunistischen Gewerkschaftspolitik zu erwarten war: Punkt 3 führt zum Ausschluß revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften, also zur Schaffung kommunistischer Verbände gemäß Punkt 2, und die Erfüllung des in Punkt 1 aufgewiesenen Zieles wird dadurch unmöglich gemacht.

Losowski, der Führer der Roten Gewerkschafts-Internationalen (RGI), bringt klar zum Ausdruck, daß es ihm mehr um die Zerstörung, als um die Eroberung der Gewerkschaften geht:

„Es ist nicht nötig, von den Dächern der Häuser auszurufen: ‚Zerstört die Gewerkschaften‘, wie es in Deutschland getan worden ist. Aber daß wir die reformistischen Gewerkschaften abbrechen wollen, daß wir sie schwächen wollen, daß wir ihre Disziplin zerstören wollen, ... daß wir den Gewerkschaftsapparat in die Luft sprengen und zerstören wollen, darüber darf nicht der geringste Zweifel bestehen.“

Wie der Einfluß der Kommunisten infolge dieser Politik in den englischen Gewerkschaften gesunken ist, wird von Harry Pollitt, dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei Großbritanniens und Mitglied des EKKI, in einigen Aufsätzen im „Daily Worker“ dargelegt. Diese Aufsätze sind so aufschlußreich, daß nur der Mangel an Platz uns hindert, sie hier im Wortlaut wiederzugeben.

Einige Tage vor dem Gewerkschaftskongreß schrieb Pollitt, daß die Kommunisten ein für allemal sich von der Wichtigkeit revolutionärer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften überzeugen müßten. Gesprochen werde davon andauernd, nur an der praktischen Durchführung fehle es. Er zeigt dies an zwei Beispielen: Auf dem Gewerkschaftskongreß sind von 700 Delegierten zwei Mitglieder der KP! In den Streikgebieten in Lancashire ist die Ansicht weit verbreitet — und gewiß nicht nur dort —, daß die KP gegen die Gewerkschaften sei. In einem anderen Aufsatz bestätigt Pollitt durch weitere Beispiele, daß die Arbeiter überall so über die KP denken — was ja angesichts der kommunistischen Gewerkschaftspolitik kein Wunder ist!

Die zunehmende Anzahl von Wirtschaftskämpfen, die Bitterkeit, mit der sie alle durchgeführt werden, und zwar gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, die zunehmende Unabhängigkeit der Ortsgruppen und Bezirkskomitees und die tief eingewurzelte Loyalität der Arbeiter zu den Prinzipien der Gewerkschaftsorganisation, die sich jede Woche Hunderte von Malen in Fabriken, Gewerkschaftsgruppen und bei Streiks zeigt, sollten, meiner Ansicht nach, für unsere Partei ein klares Warnungssignal sein, um in den reformistischen Verbänden eine schnelle und

entscheidende Wendung in der revolutionären Arbeit vorzunehmen.“

Wie denkt sich Pollitt diese Wendung? „Ich meine es ernst, wenn ich erkläre, daß wir nicht nur von den Dächern der Häuser ausrufen müssen, daß wir nicht gegen die Gewerkschaften sind, sondern daß jeder Bruchteil unserer Energie eingesetzt werden muß für den Versuch, die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter zu einer starken und mächtigen Waffe in ihrem Tageskampf zu machen.“

Wir sind nicht darauf aus, die Gewerkschaften zu zerstören, sondern wir sind darauf, aus den Einfluß und die Macht der Gewerkschaftsführer zu zerstören und zu zerschmettern, die die Gewerkschaften zu mächtigen Bundesgenossen der Unternehmer gemacht haben. ... Dies kann nicht geschehen, ohne daß wir innerhalb der Fabriken und Gewerkschaften eine mächtige Bewegung aufbauen, die aus revolutionären Arbeitern besteht und sich auf der Linie der NMM bewegt.

Ich füge meinen übrigen Ketzereien hinzu, daß ich die Phrase: Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten hasse, weil ich der festen Überzeugung bin ... daß das Wort ‚Opposition‘ in England als Opposition zu der Gewerkschaftsbewegung verstanden wird.

Wir haben die falsche Darstellung unserer Gewerkschaftstaktik so weit getrieben, daß unsere Mitglieder, die in den Gewerkschaften aktiv sind, oft in den Parteiortgruppen verdächtig werden, „starke legalistische Tendenzen zu zeigen“, oder „die leichte Seite der Parteiarbeit zu wählen“, oder sie werden sogar beschuldigt, keine Parteiarbeit zu leisten, nur die Gewerkschaftsabende zu besuchen. ...

Ich glaube, daß ich die Ansichten einer großen Gruppe von Genossen in unserer Partei richtig wiedergebe, die wissen, was getan werden muß, um die Gewerkschafter und ihre Verbände zu gewinnen, aber zögern, aus Angst, daß ihnen vorgeworfen werden könnte, sie wollten „internationale Beschlüsse verdrehen“, oder „zu der alten Linie zurückkehren“.

Pollitt schreibt, es sei ein Fehler von Dutt (dem führenden Theoretiker der englischen KP), daß er den „Druck von unten“ für wirkungslos halte und, wenn dieser Druck doch Wirkung hat, aufschnelle und behaupte: das seien nur geschickte Manöver!

„Wenn die Gewerkschaftsführer heute Streiks ausrufen müssen, so wissen wir, daß sie jede Möglichkeit ausnutzen, sie zu verraten; aber das Wichtige ist ja, daß sie überhaupt gezwungen werden, Streiks auszurufen. Das Ausmaß ihres Verrats hängt von unserer Arbeit in den Fabriken und Gewerkschaften ab, mit der wir unabhängige Streikleitungen aufbauen und Organisationen, die nicht nur in den Betrieben und gewählten Ko-

Die Streikfront der Metallarbeiter dieses größten Hamburg-Altonaer Eisenwerks steht fest, bis auf wenige Ausenseiter. Menck, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, versucht mit den schärfsten Mitteln, den Streik zu gewinnen. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, holte er sich von weither Streikbrecher. Jeden Montag um 7 Uhr trifft von Kiel aus ein Lastauto voll Streikbrecher ein. In Begleitung eines Ueberfallkommandos fahren sie unter Rufen der Mißachtung der Streikenden in den Fabrikhof hinein. Es sind fast alles Stahlhelmer. Sie sind in der Fabrik kaserniert. Nur in Begleitung von Polizei wagen sie es, auf die Straßen zu gehen. Freitags abends verlassen sie, wieder unter Begleitung des Ueberfallkommandos den Betrieb.

Sieben Wochen Streik bei Menck & Hambrock

Der Firma Menck & Hambrock, die einen Bussenauftrag von 14 Baggern hat, liegt viel daran, den Auftrag fristgemäß abliefern zu können. Bis jetzt hat sie erst einen Bagger fertigstellen können. Mit der Arbeit geht es schlecht von statten, da die meisten Streikbrecher keine eingearbeiteten Fachkräfte sind. Ein Kontrolleur, der die Fertigarbeit prüft, erzählte, daß etwa 1/3 (sieben Achtel) der Fertigarbeit nicht zu gebrauchen sei. Von den 128 Streikenden ist bis heute noch keiner zur Arbeit zurückgekehrt. Unter den Streikenden sind nur 14 Unorganisierte. Sie erhalten vom DMV pro Woche 2,50 Mark Unterstützung und von der IAH Essen. Die Stimmung der Streikenden ist gut.

mites wurzeln, sondern auch die Unterstützung der Gewerkschafts-Ortsgruppen und -Bezirkskomitees gewinnen können.

Was Pollitt über die Fehler der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit sagt, trifft ebenso wie auf England auch auf Deutschland zu. Pollitt erkennt auch, daß die Gewerkschaften von großer Wichtigkeit sind im Tageskampf der Arbeiter, also nicht lediglich als Instrument für die Revolution, und daß darum die Arbeiter immer noch, trotz des häufigen Verrats der Gewerkschaftsführer, Vertrauen zu ihren Verbänden haben. Aber hat Pollitt auch erkannt, daß die Fehler der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit nur vermieden werden können durch eine grundsätzliche Wendung?

Pollitt will einen Umschwung der Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten herbeiführen, der doch nichts anderes bedeutet, als daß er da noch einmal anfangen will, wo er zu Beginn der NMM-Politik angefangen hat. Er sagt zwar, daß er die Gewerkschaften nicht zerstören, sondern nur die Führung erobern will; aber wenn er erst einmal gegen die Gewerkschaftsleitung unabhängige Streikkomitees organisiert hat, dann wird ihm keine Gelegenheit mehr gegeben werden, die Gewerkschaften zu erobern, dann wird er nicht einmal die Möglichkeit haben, den unbedingt erforderlichen Kampf gegen die Herrschaft des Reformismus in den Gewerkschaften zu führen; denn es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer ihn dann — mit Recht — aus den Gewerkschaften ausschließen.

Um den „Druck von unten“ zu fördern, braucht man keine kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften; man kann es ohne Fraktionen sogar viel besser machen, indem man darauf drängt, daß die Arbeiter ihre Führer zum Kampf zwingen, was völlig im Rahmen der Satzungen der Gewerkschaften ist und keinen Grund zum Ausschluß bieten kann. Wenn unter den Arbeitern schon jetzt die Ansicht besteht, die Kommunisten wollten die Gewerkschaften zerstören, so wird sie sicherlich nicht dadurch wirksam bekämpft werden, daß die Kommunisten ihre Fraktionspolitik weiterführen.

Pollitt sagt ganz richtig, daß die Kommunisten versuchen müssen, sich die Unterstützung, also das Vertrauen der Gewerkschaftsgruppen zu sichern. Hätten sie dieses Vertrauen jetzt gehabt, so wären sie z. B. in der Lage gewesen, den Abbruch des Streiks in Lancashire zu verhindern.

Pollitts Ansicht stimmt in mancher Hinsicht überein mit der Stellung der KPO in Deutschland. Auch diese ist gegen die Isolierung der kommunistischen Arbeiter in eigenen Verbänden, aber für Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Pollitt stellt sich mit seinen Forderungen in Gegensatz zu der offiziellen Linie der III. Internationalen und der RGI. Auf Grund dieser Gegensätze ist zu erwarten, daß er, wenn er bei seiner Ansicht bleibt, nicht mehr lange Mitglied des EKKI und Führer des KPE bleiben wird.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

„Die Unabhängigen werden in der Regierung gebraucht.“ Ohne die Unabhängigen bekommen die Sozialdemokraten die Masse nicht hinter sich, ohne Mitwirkung der USP-Führer werden die Mehrheitssozialisten niemals mit dieser „fürchterlichen Sache“ fertig werden, — das weiß Ebert, das weiß auch der Prinz. Sie drücken sich zum letztenmal die Hand, ein Prinz von Baden und ein badischer Untertan, der auch in der exponierten Stellung, zu der die Ereignisse ihn hochgetragen haben, loyal geblieben ist. Auf der Schwelle dreht sich der Prinz noch einmal um: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!“ Ebert steht mit vorgeneigtem Kopf neben der Tür und antwortet: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren!“ Das Band von Gesichtern reißt nicht ab, — Männer in Arbeitskleidern, in Soldatenrocken, Lehrlinge, Ladenmädchen, Frauen ... In grauen Tropfen sickert es aus den Mietskasernen, aus den Höfen und Hinterhöfen, rinnt auf den Straßen nebeneinander her, schwillt an zu Zügen und mündet in die Flut ein, die durch die innere Stadt treibt, am Polizeipräsidium und am Schloß vorbei, die breite Straße Unter den Linden, die Mittelpromenade, Fahrdämme und Trottoirs ganz ausfüllend; es zieht langsam durch die fünf Durchgänge des Brandenburger Tores, umdrängt das aus allen Fenstern festlich erstrahlende Reichstagsgebäude, zweigt nach Norden ab, am Bande des Tiergartens entlang, an den Kasernen und an der Gefängniszittelle Mabit's vorbei, teilt sich in verschiedene Bahnen und kehrt zurück zum Polizeipräsidium, ein lebendiger Strom, der dauernd von neuen Zuflüssen gespeist wird, ein unaufhörlicher Kreislauf. Und keine Polizei ist mehr da, keine Militärgewalt. Die Gebäude, in denen die Macht residierte, deren Höfe am Morgen noch vom Getrappel und Schnauben der zur Attacke bereitstehenden Pferde widerhallten, stehen jedermann offen. Die Luft ist gesättigt vom Staub der mar-

schierenden Kolonnen, ist durchzittert von Marschliedern und vom Echo einzelner Gewehr-salven.

Aus der Luke eines der Schloßportale, aus dem Marstall, von den Dächern der Universität und der Bibliothek herunter wird geschossen. Hysterische, ziellose Feuerüberfälle über die Köpfe der Menge weg, die nur wenige Opfer fordern. Die in die Gebäude eindringenden Demonstrationen, die die Räume, Böden und Dächer absuchen, können von den Schützen nichts mehr entdecken.

Auf dem Brandenburger Tor hat sich eine Revolutionstruppe postiert. Unter den Leibern der patinabedeckten Quadriga haben sie ein Maschinengewehr in Stellung gebracht und fangen plötzlich wie irrsinnig auf einige im Tiergarten flackernde Lichter zu schießen an und hören eben so plötzlich wieder auf. „Konterrevolutionäre Truppen sind von Spandau her im Anmarsch“, hatte man den Soldaten oben gemeldet, aber es waren nur die Stalllampen friedlich ihres Weges ziehender Fuhrwerke.

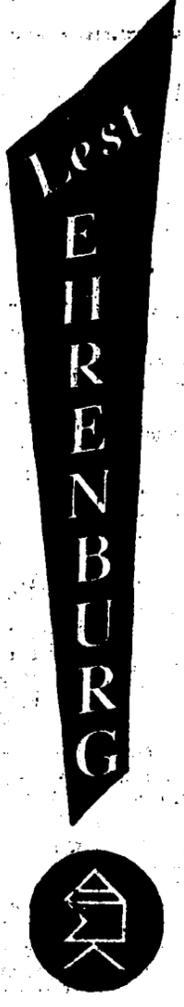
Die Tore der öffentlichen Gebäude stehen offen:

Im Polizeipräsidium bewaffnen sich die Arbeiter.

In den Kasernen suchen Obdachlose Zuflucht. Auf dem Hof des Kriminalgerichts brennt ein Scheiterhaufen von Aktenbündeln.

In den hellerleuchteten hohen Räumen des Reichstages strömt das Volk zusammen. Emil Barth verlegt die im Obergeschoß tagende Funktionärsitzung der Revolutionären Obleute in den großen Plenarsaal. Die von Richard Müller gesammelten Arbeiter und Feldgrauen, und die Matrosen, die Dotzenbach um sich geschart hat, strudeln hinterher. Und von dem mit rotem Tuch überhängten Präsidium des Reichstagsalles herunter erklärt Barth die erste Sitzung des Großen Berliner Arbeiter- und Soldatenrats für eröffnet. Vor den verschlossenen Toren des Zirkus Busch hat sich eine große Völkemenge angesam-

melt und begehrt Einlaß. Duncker, der zu der Massenversammlung im Zirkus Busch eingeladen hat, verhandelt mit der Direktion. Ein längelich durch das Vestibül laufender Herr erklärt, niemand in das Haus eiplassen zu dürfen, der Soldatenrat habe die Versammlung verboten. Erst nach einigen Telefongesprächen, nach dem Hinweis Dunckers und der telephonischen Bestätigung aus dem Reichstag, daß sein Soldatenrat „nicht der richtige, sondern einer von den fünf falschen sei, die nichts zu sagen haben“, und unter der drohenden Haltung der wartenden Menge läßt er die Türen aufschließen. Duncker, der mit Liebknecht, mit Meyer und anderen Genossen der Spartakusgruppe telephonierte hat und sich bemühte, Kräfte für die Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ heranzuziehen, steht hier fast allein. Kein Versammlungsleiter, kein weiterer Redner, alles bleibt improvisiert. Nur seine Frau Käthe hat sich zu seiner Unterstützung eingefunden und steht neben ihm auf der hohen Plattform, von der sonst bei den Zirkuspantomimen Pferde und Elefanten ihren Rutsch ins Wasser antreten. Das Haus ist schlecht und einseitig beleuchtet. Ueber sich auf einem der Ränge sieht Duncker einige bekannte Gesichter, die Näherin aus dem Quergebäude und andere Bewohner aus dem Hause Boxhagener Straße 46, in dem ebenfalls eine Handvoll Flugblätter verteilt worden waren, — der Flecken bleicher Gesichter auf dem Mittelrang, ein zweiter am anderen Ende des Zirkus, ein dritter unter dem Dach werden von den einfallenden Lichtbündeln hervorgehoben, sonst liegt der Bau in weiter Dämmerung. Die Reihe um Reihe ansteigenden Köpfe der Besucher umringen den verloren auf der Plattform stehenden Duncker wie ein ins Unendliche ansteigender nebelhafter Trichter. Und die zwei zerzausten Oleanderbüsche, die ein paar Männer nach vorn an die Rampe getragen haben, um der Szene die Kahlheit zu nehmen, werfen phantastische, riesige Schatten in die Kuppel des Hauses. (Fortsetzung folgt.)



Die Lage auf dem Arbeits-Kampfplatz.

Der Streik in der Hochseefischerei.

Der Streik in der Hochseefischerei dauert an. Den Arbeitnehmervereinigungen sind die Vorschläge der Arbeitgeber zur Tarifrevision übermittelt worden. Sie sehen u. a. einen Abbau der Heuer um durchschnittlich 15 Prozent vor, ferner eine Verkürzung der Liege- und Freizeit, sowie Streichung des Urlaubs. Die Arbeiterorganisationen halten diese Vorschläge für unannehmbar.

In der Nacht zum Dienstag haben sich die Löscharbeiter in Hamburg-Altona geweigert, die eingekommenen Fischdampfer zu löschen. Im Hamburg-Altonaer Fischereihafen liegen augenblicklich elf ungelöschte Dampfer. Die auswärtigen Fischdampfer sind ungelöscht in ihre Heimathäfen Cuxhaven und Wesermünde zurückgekehrt.

Weiteres Ansteigen der Streikwelle.

In Stettin traten die Arbeiter der Faßfabrik Schröder in den Abwehrstreik.

Die Belegschaft der Bayerischen Spiegelglasfabriken, Bechmann Kupfer A. G., ist wegen einer auf Grund der neuen Notverordnung erfolgten Lohnkürzung von 12½ Prozent in Streik getreten. — Auch bei der Tafel-, Salin- und Spiegelglasfabrik A. G. ist ein Konflikt zwischen der Belegschaft und dem Unternehmer ausgebrochen.

Bei der Firma Wippermann A. G., Abteilung Fahrradteile, in Hagen-Delstern ist wegen eines geplanten Lohnabbaues ein Streik ausgebrochen.

Für die Kostheimer Zellulose- und Papierfabrik A. G., Mainz-Kostheim, erging vor kurzem ein Schiedsspruch, nach dem die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und der Lohnsatz bei 40stündiger Arbeitszeit um 5 Prozent gekürzt werden sollten. Der größte Teil der Belegschaft hat sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklärt und ist in den Streik getreten.

Kampfgelst bei der BVG.

In der gestrigen Protest-Versammlung gegen die geplanten Lohnkürzungen für die BVG-Arbeiter wurde von verschiedenen Rednern zur Bildung der Einheitsfront gegen

die geplanten Maßnahmen aufgerufen. Jede Verkürzung der Arbeitszeit oder ein sonstiger Lohnabbau wurde von der Belegschaft mit schärfstem Kampf beantwortet. Ferner wurde gegen die Einführung von Akkordarbeit protestiert.

Neue Streiksiege.

Der Streik bei der Peltzer A. G., über den wir bereits berichteten, endete mit einem vollen Sieg der Belegschaft.

Weiter gelang es den Belegschaften der Firmen Kammgarnspinnerei Lindner in Crimmitschau, Wolf in Kirchberg und Saupersdorf, der Buchdruckerei Seitz in Mannheim, der Steingut- und Wandplatten-Fabrik in Vegesack, des Metallbetriebs Barmé in Hohenlimburg, der Zementfabrik in Itzehe und der Firma Meyer & Sohn in Offenbach, durch ihre kampfbereite Haltung Lohnabbau-Pläne abzuwehren.

Hamburger Verkehrsarbeiter um Streikerfolg betrogen

Nachdem bereits die christlichen Gewerkschaften sowie die nationalsozialistische Streikleitung im Laufe des Dienstag nachmittag beschlossen hatten, ihre Mitglieder aufzufordern, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen, hat auch am Dienstagabend der Gesamtverband der freien Gewerkschaften den gleichen Beschluß gefaßt. Man hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch das Reichsarbeitsministerium anerkannt.

Die RGO machte zunächst starke Anstrengungen, um eine Fortsetzung des Streiks zu ermöglichen. Nach einer Meldung der Telegraphen-Union aus Hamburg soll aber auch die RGO die Streikaufrufung an ihre Mitglieder zurückgezogen haben, nachdem die freien Gewerkschaften den Abbruch des Streiks beschlossen hatten. — Die Verbindlichkeitserklärung des Hamburger Schiedsspruches wird damit begründet, daß es sich um einen Arbeitskampf in gemeinnützigen Betrieben handele, durch den die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Hamburg in Frage gestellt sei. — Durch die Verbindlichkeitserklärung wird aber das Leben der Verkehrsarbeiter in Frage gestellt. Und das verdient doch sicher eine größere Rücksichtnahme als „das Wirtschaftsleben“.

derjenigen, die in Wort und Schrift erklären, ein Zusammenarbeiten mit Streikbrechern wird abgelehnt.“ Kennen diese Herren die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes nicht, nach der einem Arbeiter nicht die Arbeit mit einem Streikbrecher zugemutet werden kann? Wir möchten diese Unkenntnis nicht voraussetzen, da diese schöne „Nothilfe“ in Bürogemeinschaft mit dem als gelbe Organisation satsum bekannten „Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine“ arbeitet, also wohl als eine Unterorganisation dieses im Streikbruch erfahrenen Reichsbundes anzusehen ist. Wir empfehlen den Gewerkschaften diese Organisation zur besonderen Beachtung.

Arbeitsgericht verbietet Buchbinderstreik.

Das Arbeitsgericht hat auf Antrag des Verbandes der Deutschen Buchbinderbesitzer dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter durch eine einstweilige Verfügung verboten, den Streik gegen die Firma L. Sieke & Co. in Leipzig zu unterstützen.

Die Lage der Bergarbeiter. Feierschichten und Lohnkürzungen.

Auf der Reichskonferenz der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter machte am Sonntag der Verbandsvorsitzende Husemann Mitteilungen über die Lage der Bergarbeiter in Deutschland. 300 000 Bergarbeiter suchen vergeblich Arbeit. Die 430 000 noch arbeitenden Bergleute stehen durchweg in Kurzarbeit. Der Ruhrbergbau hat in den ersten acht Monaten dieses Jahres nicht weniger als 7,2 Millionen Feierschichten zu verzeichnen. Im Kalbergbau sind von 229 Schächten nur 40 in Förderung.

Die Barverdienste der Bergarbeiter

sind nach einer amtlichen Untersuchung von rund 100 Millionen Mark monatlich im Jahre 1929 auf 38 Millionen im Mai 1932 zurückgegangen und werden wohl jetzt nicht mehr als 35 Millionen Mark betragen. Im Braunkohlenbau trifft man die gleichen Verhältnisse. Husemann forderte die Verstaatlichung des Bergbaues, die auch von dem internationalen Bergarbeiterkongress in London gefordert wurde.

Der Bergarbeiterverband hat in den beiden letzten Jahren rund 6,7 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung an seine Mitglieder bezahlt. — Am letzten Verhandlungstago faßte der Verbandsvorsitzende Husemann die Ergebnisse der Bochumer Tagung zusammen: Die Konferenz macht sich die Warnung und den Protest der Gewerkschaftsspitzen gegen die September-Notverordnungen zu eigen. An die Bergarbeiter wird die

Aufforderung gerichtet, sich gegen etwaige Lohnkürzungen zu wehren.

Die Konferenz sieht in der Nationalisierung des Bergbaues den Weg zu einer leistungsfähigeren Versorgung der Volkswirtschaft mit Bodenschätzen. Schließlich weist sie die Bergarbeiter auf die zwingende Notwendigkeit hin, die Abwehrfront durch eine verstärkte Agitation zu verbreitern und zu stärken.

Rettet die Arbeiterbewegung!

Darüber spricht am Mittwoch, dem 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger, Hagenauer Str. 14, der Genosse H. Urbahn.
Lenin-Bund (Linke Kommunisten)
4. Bez.

Gruppe Revolutionärer Pazifisten.

Freitag, 7. Oktober, 20 Uhr, im „Adler“ am Dönhoffplatz, Kommandantenstr. 84:

Öffentliche Diskussion:

„Gegen die Miliz“.

Referenten: Gerhard Friters, Dr. Ernst Hirsch-Lauff. — Gäste willkommen.

Antifaschistischer Kongreß der Roten Einheitsfront.



Dieser Kongreß war von der KPD für den 24. und 25. September nach Köln einberufen worden. Seinem Rufe waren viele Menschen gefolgt. Als besonders gut wurde die Anwesenheit von 174 Mitgliedern der freien Gewerkschaften empfunden, die als Delegierte zu diesem Kongreß gewählt wurden. Ihre Hoffnung, mit der sie zu diesem Kongreß kamen, war die: Hoffentlich bekommen wir das Rüstzeug, um im Betrieb die Einheitsfront herzustellen. Wie weit wurde diese Hoffnung erfüllt?

Die Delegierten des Kongresses verteilten sich auf die verschiedensten Gruppen. Betrieb und Gewerkschaft, Erwerbslose, Frauen, Jugend, Bauern, Massenelbschutz, Kampfband. Die wichtigste Gruppe war: Betrieb und Gewerkschaft.

Aus dem Referat, das in dieser Gruppe von dem Bezirksleiter der RGO gehalten wurde, sind einige Sätze sehr bemerkenswert:

„Die RGO ist das Sammelbecken der oppositionellen Mitglieder in den Gewerkschaften.“ „Es ist heute, man möchte fast sagen, ein Verbrechen, aus den freien Gewerkschaften auszutreten.“

In der anschließenden Diskussion sprachen außer RGO-Mitgliedern einige Mitglieder der freien Gewerkschaften, deren Forderungen nach sachlicher und revolutionärer Mitarbeit in den Gewerkschaften mit großem Beifall aufgenommen wurden. Folgende Ausführungen machte

ein sozialdemokratischer Bergmann:

„Wer die Einheitsfront will, der sollte sich das Schimpfen verkneifen. Der soll in den Gewerkschaften arbeiten und die RGO-Politik aufgeben. Die Illusion, die einfachen SPD- und Gewerkschaftsmitglieder gingen ohne ihre Führer in den Kampf, kann man ruhig begraben. Ich und viele meiner Kollegen sind nicht mit der Gewerkschaftspolitik einverstanden, man muß die reformistischen Führer unter Druck setzen, und dazu benötigen wir die Hilfe aller revolutionär gesinnten Arbeiter und Kollegen.“

Ein Steinarbeiter aus einer rheinischen Kleinstadt schilderte die Verhältnisse in seinem Betrieb. Durch die Geschlossenheit der Belegschaft habe man verhindert, daß NS eingestellt wurden. „Wir dulden nirgendwo Faschisten. Das sind unsere Todfeinde. Gegen sie ist unser schärfster Kampf zu führen.“

Ein Freigewerkschafter aus einer chemischen Fabrik gab folgende interessante Zahlen aus seinem Betrieb bekannt. Bei der letztvergangenen Betriebsratswahl konnte die RGO 380 Stimmen auf ihrer Liste vereinen. Als die RGO dort eine Belegschaftsversammlung einberief, folgten diesem Ruf zehntausend Arbeiter. Die freien Gewerkschaften vereinigten auf ihrer Liste 350 Stimmen. Anwesend waren in der darauf folgenden Betriebsversammlung nur 35. Dagegen fanden

vor dieser Spaltung in dem Betrieb immer überfüllte Betriebsversammlungen statt.

Das Verhältnis zwischen den freigewerkschaftlichen und roten Betriebsratsmitgliedern sei derart gespannt, daß sie sich weder gegenseitig begrüßen noch gemeinsam verhandeln. Der junge Chemiearbeiter sprach vielen Kongreßteilnehmern aus dem Herzen, als er seine Rede beendete:

Nicht „Rot Front“, nicht „Freiheit“ sei unser Gruß, sondern „Einheit“!

Das war das Gute an diesem Kongreß: Auch andere Genossen als RGO-Kollegen und Kommunisten kamen zu Wort. Daß aus den Wünschen der Kollegen, die sie aus den Betrie-

ben mitbrachten, noch immer nicht die richtigen Schlußfolgerungen für die politische Tätigkeit gezogen werden.

liegt jetzt in der Hauptsache bei den Führern, die die Sehnsucht der Arbeiter nach endlicher Einstellung des Bruderkampfes noch immer nicht beachten wollen. Die Aufgabe aller Freunde der Einheitsfront besteht darin, diese Widerspenstigen unter Druck zu setzen.

Eine neue Streikbrecher-Organisation.

Die „Nothilfe der Arbeitssuchenden“.

In Berlin wurde dieser Tage die „Nothilfe der Arbeitssuchenden“ gegründet. In ihren Richtlinien heißt es, „daß sie diejenigen Arbeitslosen zu ihren Mitgliedern zählen will, die unter allen Umständen bereit sind, eine an sie ergehende Forderung auf Übernahme bzw. Annahme einer Arbeitsstelle Folge zu leisten“. Um jede Störung der hierin ausgedrückten Bereitschaft zu Tarif- und Streikbruch auszuschalten, verlangt diese „Nothilfe“ „strenge Bestrafung

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)

garantiert reine Naß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 3,20 RM.

Frei Haus gegen Vorauszahlung auf

Postcheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch

kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,

Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Warum werfen Sie Ihr Geld weg

für minderwertige Konfektionskleidung?

Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

Rudolf Schönheit

Herren- und Damen-Maßschneiderei

Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

Das große Erfolgs-Wein

2. Woche bis Donnerstag verlängert:

Der Tugendkönig

Chaplins Traum

Micky Maus: Der kleine Faun

Lupino Lane — Großes

Paris (Uraufführung)

Anfangszeitpunkt: 17. 18. 20 u. 20. 15 Uhr

Freunde

und Leser des

„Funkens“!

Unterstützt

Eure

Zeitung!

Werbt Abonnenten.

Sammelt Anzeigen

Bevorzugt bei Einkäufen

unserer Inserate!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!

Otto Pfothauer, Walmar, Röhrstr. 40.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und andere von Ku Hung-ming.

107 Seiten.

Broschiert 1,90 Mark.

Inhalts-Übersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und andere.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto Berlin 813 42.

Polizeiliche Vorbereitung des Wahlkampfes.

Scharfe Bestimmungen gegen politischen „Terror“.

Die Polizeibehörden sind durch den preußischen kommissarischen Innenminister auf folgendes hingewiesen worden: Durch vorbeugende Maßnahmen hat die Polizei dafür zu sorgen, daß die Wahlvorbereitungen und der Wahlakt selber ungestört vor sich gehen.

Die Versammlungs- und preßpolizeilichen Bestimmungen der Notverordnungen behalten auch während der Wahlzeit volle Geltung. Bei ihrer Anwendung ist alles zu vermeiden, was den Anschein kleinlicher und unterschiedlicher Handhabung hervorrufen könnte. Gegen Verhetzung und Terror, gegen Beschimpfungen und Verleumdungen ist dagegen von der zur Verfügung stehenden polizeilichen Handhaben in vollem Umfange tatkräftig Gebrauch zu machen.

Wahlversammlungen, soweit sie nicht in fest umfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen bei Einlaß nur gegen Eintrittskarten stattfinden, dürfen nur in geschlossenen Räumen abgehalten werden. In jedem Falle müssen sie unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes spätestens 48 Stunden vorher bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden. Dadurch erhalten die Polizeibehörden die erforderlichen Anhaltspunkte, um die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Versammlungen rechtzeitig zu treffen. Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß allen Parteien und Organisationen die Möglichkeit der Propaganda für ihre Kandidaten und Ziele im Rahmen der Gesetze gewährleistet wird.

Die Polizeiverwalter haben, sobald Anlaß zur Besorgnis besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte, alle zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Gestellung der erforderlichen Polizeikräfte bei Landräten und Regierungspräsidenten zu beantragen.

Störungen von Wahlversammlungen werden häufig dadurch verursacht, daß sie von politischen Gegnern der Veranstaltung frühzeitig und in solcher Zahl aufgesucht werden, daß die Parteifreunde der Veranstalter und andere Teilnehmer nur noch in der Minderzahl Zutritt zum Versammlungslokal erhalten.

Auch solche Störungsversuche von innen heraus sind nicht etwa von vornherein mit der Auflösung der Versammlung zu beantworten;

es bleibt vielmehr zunächst abzuwarten, daß die Veranstalter von ihrem Hausrecht Gebrauch machen; hierbei sind sie nötigenfalls von der Polizei zu unterstützen. Die Auflösung solcher Versammlungen muß immer das letzte Mittel bleiben, schon um der Versuchung entgegenzutreten,

auf diese Weise sich mittelbar der Polizei zur Verhinderung von Versammlungen unbehaglicher politischer Gegner zu bedienen.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Wahlversammlungen haben sich auch Stichproben zwecks Durchsuchung nach Waffen bei den Versammlungsbesuchern gut bewährt.

Eine erste und nachdrückliche Warnung muß an die Parteien und politischen Organisationen gerichtet werden, daß sie ihre Anhänger von Störungen und gewaltsamen Behinderungen von Veranstaltungen Andersgesinnter zurückhalten. Parteien und Organisationen, deren Anhänger gleich-

wohl offenbar planmäßig die Versammlungstätigkeit ihrer politischen Gegner in ungesetzlicher Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, daß aus ihrem Verhalten möglicherweise auf Umstände geschlossen werden kann, die ein vorbeugendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Veranstaltungen rechtfertigen würden.

Bei Prüfung der Frage, ob bei Plakaten, Flugblättern und Flugschriften der Tatbestand der Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegeben ist, ist zu berücksichtigen, daß es nicht auf die Absicht des Urhebers des Plakates oder Flugblattes, sondern auf den Eindruck ankommt, den der Durchschnittsleser von dem Inhalt des Plakats oder des Flugblattes erhält, und daß während dieses Wahlkampfes, also in einer Zeit besonders gesteigerter politischer Spannung, der Fall der anreizenden Wirkung viel eher gegeben sein wird als in politisch ruhigen Zeiten.

Wahlpropaganda mit Lautsprecherwagen ist als Vorführung nicht gewerblicher Musik oder Sprechdarbietungen allgemein weder verboten noch genehmigungspflichtig. Unter Umständen finden die Vorschriften des öffentlichen Versammlungsrechts Anwendung, wenn sich bei der Anwesenheit der Lautsprecherwagen über die üblichen Zuhörer hinaus Menschenansammlungen bilden, die ihrer Art und Natur nach als Versammlungen anzusehen sind.

Für die Wahlpropaganda durch Sprechchöre gilt das Gleiche.

Nationalsozialistische „Journaille“.

Wie man auch berichten kann.

Wir berichteten in der gestrigen Nummer über den Münchener Prozeß des NS-Oberleutnants Schulz gegen den Redakteur der sozialdemokratischen „Münchener Post“, Ueber den gleichen Gegenstand berichtet der „Angriff“ des Herrn Goebbels, der sich immer über die „Journaille“ beschwert, so:

„Verleumder verurteilt. Zusammenbruch einer neuen Lügenhetze. Die Zelle „G“ im Braunen Haus. Vor dem Strafgericht in München begann gestern ein Beleidigungsprozeß, den der Münchener Stadtrat und nationalsozialistische Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz und Pg. Oberleutnant a. D. Schulz gegen den verantwortlichen Schriftleiter der sozialdemokratischen „Münchener Post“, Goldschagg, angestrengt haben. Es handelt sich um die Behauptung der „Münchener Post“, im Braunen Haus bestehe unter dem Namen „Zelle G“ eine Tschekaorganisation, deren Leiter Schulz sei.

Der Beklagte, Edmund Goldschagg, wurde zu einer Geldstrafe von 1200 Mark oder 12 Tagen Gefängnis verurteilt, da der Wahrheitsbeweis nicht erbracht worden sei. Damit fällt auch die neue Lügenhetze in sich zusammen, die von der Judenpresse anlässlich dieses Prozesses gegen die NSDAP entfacht wurde.“

Der Minister ersucht die Polizeibehörden, die Führer der politischen Parteien und Organisationen in persönlicher Fühlungnahme und mündlicher Besprechung auf die erlassenen Richtlinien für die polizeiliche Sicherung der Wahlvorbereitungen hinzuweisen. Es muß erwartet werden, daß auch von den Parteien alles geschieht, um Störungen des Wahlkampfes auszuschließen, insbesondere Zusammenstöße und sonstige Ausschreitungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Dies alles sind Bestimmungen, gegen die in ihrer Allgemeinheit sicher kein vernünftiger Mensch viel einzuwenden haben würde, wenn er eben nicht wüßte, daß bei der konkreten Anwendung doch immer die Arbeiter den Kürzeren ziehen. — Die deutsche Justiz und auch die preußische Polizei haben jedenfalls off (um mit Herrn Bracht zu reden) „den Anschein kleinlicher und unterschiedlicher Handhabung“ der polizeilichen und gesetzlichen Bestimmungen erweckt.

Und Herr von Papen, der Chef Brachts, hat das auch öffentlich am Rundfunk von ihnen verlangt:

„Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreihet.“

Eine Regierung mit solchen politischen Prinzipien darf sich nicht wundern, wenn man sich bei ihr der Willkür ausgeliefert fühlt.

Das Gericht hat aber das Vorliegen von Notwehr verneint. Es hat bei einigen Angeklagten Beteiligung an Landfriedensbruch und Raufhandel angenommen. Von den 15 Angeklagten wurden sieben freigesprochen.

Die übrigen erhielten insgesamt: 3 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre, 4 Monate Gefängnis. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, gegen eine Reihe von NS die Anklage wegen Raufhandels zu erheben. Wann tut sie es?

Berliner Kommunistenprozess.

F. D. In dem Berliner Kommunisten-Prozeß wurden Dienstag die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Sie brachten eine weitere Entlastung für den Hauptangeklagten Calm und eine weitere Belastung für die beteiligten Nazis, von denen bisher noch niemand in Anklagezustand versetzt ist.

Die Tatsache, daß nach der Schießerei 2 Nazis durch die Hinterfenster des Parteilokals geflohen sind und dabei zwei harte Gegenstände — offenbar Pistolen, von denen eine später gefunden wurde — fortgeworfen haben, wurde durch einen weiteren einwandfreien Zeugen bestätigt. Weiter ergibt sich belastend für die Nazis die durch mehrere parteilose Zeugen erhärtete Tatsache, daß unmittelbar nach dem Schießen 4 Nazis in Uniform über die Charlottenbrücke am Nordende der Röntgenstraße geflohen sind.

Eine Reihe von Leumundzeugen für Calm marschiert dann auf, von denen wir absichtlich keinem eine besondere Bedeutung beilegen wollen, weil sie zum größten Teil Parteibzw. Gesinnungsfreunde von Calm sind. Aber das Zeugnis eines politisch anders denkenden Kollegen von Calm ist wichtig, der menschlich gut zu ihm stand und sehr oft mit ihm diskutierte, auch über politische Dinge. Calm habe sich dabei immer sehr gegen die Methoden des politischen Terrors gewandt.

Ein Anwalt der Nationalsozialisten versucht durch zwei Zeuginnen die Unglaubwürdigkeit der Familie Engelhardt zu beweisen. Das gelingt nicht überzeugend. Die eine Zeugin, Nationalsozialistin, erzählt mit großem Eifer Kleinstadt-Klatsch, die andere weiß noch weniger.

Interessant sind noch die Bekundungen zweier Zeugen, das SA-Lokal hätte man auch noch, als die Polizei schon dort war, durch den vorderen Eingang verlassen können. Das steht im Widerspruch zu den Aussagen der Polizei, das Haus sei sofort abgeriegelt worden.

In der Mittwochverhandlung wurde noch einmal der Schieß-Sachverständige vernommen. Es ergab sich eindeutig, daß die Geschosse, die in dem Körper des erschossenen Nationalsozialisten Gatschke und in dem Lokal „Glocke“, Röntgenstraße 1, gefunden wurden, von der gleichen Art sind, und daß sie also mit großer Wahrscheinlichkeit von den drei Nationalsozialisten abgefeuert worden sind, die um die südöstliche Ecke der Röntgenstraße geflüchtet sind.

Daraufhin regte der Vorsitzende des Gerichts an, der Frage der Haftentlassung der angeklagten Kommunisten näherzutreten.

Die Verteidigung stellte sofort einen entsprechenden Antrag.

Es ist nicht bewiesen worden, daß Herr Schulz eine solche Mordorganisation leitet. Ob sie überhaupt besteht, darüber ist nichts entschieden worden; aber die Wahrscheinlichkeit, daß sie besteht, ist außerordentlich groß, gerade nach dem Ergebnis dieses Prozesses zu urteilen und vor allem nach den Aussagen des Herrn Bell, der mit den Nazis wenigstens so weit sympathisiert, daß er als Berater des „Stabschefs“ Röhm gilt, und des Herrn Mayr, der zwar prominentes Mitglied des „Reichsbanners“ ist und also eigentlich als parteiisch gelten könnte, der aber doch so bestimmt und durch Bell unterstützt, ausgesagt hat, daß man von der Wahrheit dieser Aussage überzeugt sein kann.

Zu allem Ueberflus ist bereits vor einigen Monaten gerichtlich festgestellt worden, daß der Versuch gemacht worden ist, mißliebige Naziführer durch ihre eigenen Parteigenossen umbringen zu lassen. Einer der Kavaliere, Danzeisen, vermutlich eine Nebenfigur, wurde damals wegen „Anforderung zum Mord“ mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Wie weit diese Mordpläne ausgerechnet im „Braunen Haus“ ausgeklügelt worden sind oder wo sonst, und wer der Leiter des Ganzen ist, wenn Herr Schulz es nicht ist — alles dies ist erst in zweiter Hinsicht interessant, denn die NSDAP wird nicht besser dadurch, daß der Leiter einer Feme nicht A., sondern B. heißt, und daß die Feme nicht im x-ten, sondern im y-ten Haus zu finden ist.

Reichsbanner-Führer Major Mayr stellte sich Röhm zur Verfügung?

Eine Gegenerklärung Röhm's.

Auf die gestern wiedergegebene Zeugen-Aussage Mayr's veröffentlicht Hauptmann Röhm eine Gegenerklärung, der wir folgendes unter allem Vorbehalt, den man bei den Angaben der beiden beteiligten Personen immer machen muß, entnehmen:

„Die Unterredung mit dem Reichsbannerführer Major Mayr fand am 2. April 1932 in Berlin statt. Herr Bell hat mich im Auftrage Mayr's um diese Unterredung, die in meinem Hotel (Kaiserhof) stattfinden sollte. Als Zweck der Unterredung hatte Bell im Auftrage Mayr's angegeben:

a) er möchte mit mir klären, ob sich nicht ein Weg finden ließe, dem gegenseitigen politischen Blutvergießen Einhalt zu tun;

b) er möchte sich mit mir darüber aussprechen, ob nicht bei einer Aenderung der politischen Verhältnisse eine besondere Verwendung seiner Person und der zu ihm stehenden Teile des Reichsbanners an unserer Seite unter meiner Führung möglich wäre. . . .

Etwa eine halbe Stunde vor der verabredeten Zeit kam Bell zu mir ins Hotel und erklärte mir im Auftrage Mayr's: Mayr hätte doch Sorge, in den Kaiserhof zu kommen, da dort Kriminalbeamte der Polizei wären, die ihn erkennen könnten. Er wäre dann in seiner Partei unmöglich. Ich möchte doch zustimmen und mit ihm an einem neutralen Orte zusammenkommen. . . .

Major Mayr ging von der Notwendigkeit einer antibolschewistischen Einheitsfront aus und entwickelte mir in sehr langen Ausführungen die Gedanken, die ihn veranlaßt hätten, diese Unterredung mit mir anzustreben.“

Eine üble Angelegenheit für das „Reichsbanner“. Zwar möchte man nicht für möglich halten, was Röhm hier berichtet; aber Herr Mayr war bisher politisch so wandlungsfähig (vom Faschisten an bis zum Reichsbannerchef), daß wir eben leider für möglich halten müssen, was Röhm hier (vielleicht ausgeschmückt!) ausplaudert.

Frick will den Außenminister stützen. Verlorene Liebesmüh'.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, Dr. Frick, für den 11. Oktober einberufen worden. In seiner Einladung an den Reichsaußenminister gibt Frick seiner Ansicht Ausdruck, daß die Reichsregierung darauf Wert lege, mit dem Auswärtigen Ausschuss in Fühlung zu treten, um womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden. Herr v. Neurath hat jedoch diese freundliche Einladung unter Hinweis auf die Weigerung der Reichsregierung, zunächst an der Arbeit der Ausschüsse teilzunehmen, abgelehnt.

Das Urteil im Bochumer Landfriedensbruchprozeß.

E. M. Im „Funken“ haben wir über den großen Landfriedensbruchprozeß (Schießerei in der Sommerdellenstraße in Wattenscheid am 26. Juni) berichtet. Dieser Prozeß ist am 1. Oktober zum Abschluß gekommen.

Es hat sich herausgestellt, daß die von Seiten der Polizei vorgenommenen Verhaftungen und Haussuchungen einseitig gegen die in der Sommerdelle wohnenden Arbeiter gerichtet waren, während die Nazis, von denen zwar auch einige als Beschuldigte vernommen worden sind, sehr bald als Nebenkläger und Zeugen zugelassen wurden.

Wer den ersten Stein geworfen, wer den ersten Schuß abgegeben hat, steht nicht fest. Die Untersuchung, von welcher Seite die Provokation des Gegners ausgegangen ist, hat ein anschauliches Bild der Vorgänge ergeben, das zu Gunsten der Angeklagten spricht.

Die vom Staatsanwalt geforderte Verteidigung der nationalsozialistischen Zeugen, die von den Verteidigern mit Rücksicht auf die offensichtliche Unwahrheit der Aussagen bekämpft wurde, wurde auch vom Gericht abgelehnt.

Trotz der Erschütterung, die die Anklage im Laufe der Verhandlung erhalten hatte, beantragte der Staatsanwalt Strafen in einer Gesamthöhe von: 16 Jahren Zuchthaus, 14 Jahren, 3 Monaten Gefängnis, 15 Jahren Ehrverlust.

Der Verteidiger Obuch führte daraufhin in seinem Plaidoyer aus:

„. . . Wenn ich als Richter bei einem Zeugen feststelle, daß er nicht etwa versehentlich oder fahrlässig, sondern in wichtigen Punkten bewußt die Unwahrheit sagt, dann würde ich einen solchen Zeugen als Beweismittel für die Schuld eines Angeklagten ausschalten. . . . Kein einziger von etwa 30 nationalsozialistischen Zeugen hat Bekundungen getan, wie diese: „Jawohl, auch von unserer Seite wurde geschossen“; die nationalsozialistischen Zeugen haben im Gegenteil, abgesehen von einigen Verkläuserlungen („Soweit ich weiß, nicht“, „soviel ich gesehen habe, nicht“) direkt bestritten, daß von ihrer Seite geschossen worden ist.

Und das ist doch eindeutig im Verlauf der Zeugenvernehmungen bekanntgeworden, daß Nationalsozialisten Waffen bei sich geführt haben, daß sie damit geschossen haben, scharf geschossen, und nicht nur einer oder zwei von ihnen, sondern mehrere.

. . . Die Gesamtheit der Bevölkerung der Sommerdellenstraße bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein ist sich darüber einig, daß das Vorgehen der NS eine unerhörte Provokation gewesen ist, daß die Angeklagten nicht auf die Anklagebank gehören. Eine ganze Reihe von Entschuldigungen und Protestresolutionen mit Tausenden von Unterschriften sind Ihnen zugegangen. . . .“

Das Urteil.

Es ist nicht erwiesen, daß seitens der Arbeiter ein Ueberfall auf die NS erfolgt ist. Es ist nicht erwiesen, daß der Hauptangeklagte Bergmann den tödlichen Schuß auf den NS Borawski abgegeben hat oder überhaupt als Rädelführer in Frage kommt.

Vor einem Arbeitsbeschaffungsprogramm in Frankreich.

Ueber die Erörterungen des außenpolitischen Teiles der Rede Herriots in Grama sind die wirtschaftspolitischen Ausführungen in dieser Rede fast völlig übersehen worden. Dabei werden aber in diesen Ausführungen Maßnahmen angekündigt, die für die Zukunft Frankreichs und damit Europas leicht von weit größerer Bedeutung werden können als die großspurigen Behauptungen über die französische Abrüstung.

Herriot kündigt in jener Rede ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm an, das der Ueberwindung der Krise und dem Ausgleich des Budgets dienen soll. Das letzte insofern, als bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms:

1. die Unterstützung der Erwerbslosen geringere Mittel erfordert,
2. mit der Belebung der Wirtschaft die Steuereinnahmen wachsen,
3. gewisse Abgaben, die sonst im regelrechten Budget erscheinen würden, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms ausgeführt und finanziert werden können.

Dies führt uns unmittelbar auf die Frage, woher die Mittel zur Ausführung eines umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramms genommen werden sollen. Herriot hat darauf eine Antwort gegeben, die im Lande ganz allgemein anerkannt wird: Die Mittel sollen durch Anleihen geschaffen werden. Die Anleihen sollen von den französischen Sparern gezeichnet werden. Auf den Sparkassen und der Bank von Frankreich liegen (nach amtlichen Angaben) insgesamt rund 140 Milliarden Francs ohne Verwendung, dazu kommen noch vielleicht 50 bis 60 Milliarden, die von den Sparern in den Strumpf gesteckt worden sind.

Es stehen also rund 200 Milliarden Francs oder mehr als 35 Milliarden Mark zur Verfügung, deren Besitzer eine sichere Anlage suchen.

Darin unterscheidet sich die Lage in Frankreich von der in Deutschland.

Der Umfang der Anleihen, die die notwendigen Mittel beschaffen sollen, steht noch nicht fest. Man spricht von Beträgen zwischen 12 und 20 Milliarden Francs (2 bis 3½ Milliarden Mark). Der Zinsendienst solcher Anleihen würde 400 bis 600 Millionen Francs ausmachen, eine Summe, die in der Gesamtheit des französischen Budgets nicht sehr ins Gewicht fallen würde.

Für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise ist die entscheidende Frage die, um Arbeiten welcher Art es sich in diesem Programm handeln wird. Dafür haben wir nun schon gewisse Anhaltspunkte, ohne Einzelheiten zu kennen. Es liegen nämlich die Pläne zu einer Reihe von Arbeiten großen Stils vor; sie sind im Prinzip schon bewilligt und warten nur auf die Finanzierung, um in Gang gebracht zu werden. Daß die Pläne für diese Arbeiten schon ausgearbeitet sind, hat den großen Vorteil, daß nicht erst Erhebungen u. s. w. angestellt zu werden brauchen, was besonders bei einer Bürokratie, die so langsam arbeitet wie die französische, erhebliche Verluste an Zeit und Geld mit sich bringen würde. Dieser Vorteil spricht für die Ausführung der vorliegenden Pläne als einziges Mittel zur Ueberwindung der Krise.

Folgendes sind die wichtigsten Arbeiten, deren Ausführung in Frage käme:

1. Die Weiterführung der Pariser Untergrundbahnen in die Vororte außerhalb der alten Stadtmauern des Festungsbereichs von 1870.
2. Die Anlagen von Hochwasserbassins zum Schutze der Stadt Paris gegen Ueberflutungen.
3. Die Schaffung von sanitären Anlagen (Wasserleitungen, Kanalisation) in den Vororten von Paris.
4. Die Neueregulierung des Flußlaufes der Loire im Interesse der Bewässerung des Landes und der Vermeidung von Hochwassergefahr in den Ortschaften.

Dazu kommen eine Reihe von kleineren Projekten, die wir hier nicht im einzelnen aufzählen wollen. Daß es sich bei den Hauptpunkten tatsächlich um beträchtliche Arbeiten

und nicht um kleine Spielereien handelt, kann man daraus ersuchen, daß zum Beispiel die Untergrundbahnarbeiten 2 Milliarden Francs erfordern, die sanitären Anlagen 3 Milliarden und die Flußregulierung im Gebiete der Loire ebenfalls 3 Milliarden.

Zur Beurteilung dieses Planes ist zunächst wichtig, daß es sich um Arbeiten handelt, die eine große Zahl von Arbeitskräften beanspruchen, und zwar zum Teil auf Jahre hinaus. Ohne daß man heute die genaue Zahl angeben kann, geht man doch nicht fehl, anzunehmen, daß

direkt und indirekt der größte Teil, wenn nicht die Gesamtheit, der etwa 260 000 bei den Arbeitsämtern eingetragenen Erwerbslosen Beschäftigung finden werden.

Wohlverstanden, es handelt sich dabei um Arbeiten, die zu den im freien Markt geltenden Löhnen ausgeführt werden sollen. Wohlfahrtserwerbslose, die Notstandsarbeiten auszuführen haben, gibt es in Frankreich nicht. Von freiwilligem Arbeitsdienst ganz zu schweigen. — So kraß sind die Unterschiede der Lage in Deutschland und der in Frankreich.

Wie steht es nun mit der Wichtigkeit dieser Arbeiten? Jedermann, der die Lage in den Pariser Vororten kennt, in denen sich in den letzten Jahren mindestens 500 000 Arbeiterfamilien zusammengefunden haben, weiß, daß die Schaffung sanitärer Anlagen in diesen Ortschaften kein Luxus ist. In den Vororten von Paris ist die Sterblichkeitsziffer um mehrere Prozente höher als in Paris selber, gar nicht zu reden von dem Durchschnitt für das gesamte Frankreich. Die Arbeiter, die in diesen Vororten wohnen, arbeiten in vielen Fällen entweder in Paris oder in Vororten auf der anderen Seite der Stadt. Die Untergrundbahnen reichen nur bis zu den alten Stadtorten; wer weiter weg wohnt, muß entweder zu Fuß gehen oder mit langsamen alten Straßenbahnen vorlieb nehmen. (Fahrräder

sind in Frankreich längst nicht so verbreitet wie in Deutschland.) Die Ausdehnung des Untergrundbahnnetzes liegt daher genau so wie die Schaffung sanitärer Anlagen im Interesse der Arbeiterschaft.

Die Ausführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms vergrößert in diesem Sinne den „Wohlstand“ der Arbeiterschaft.

Womit nicht gesagt werden soll, daß die Unternehmer nicht bei dieser Gelegenheit einen guten Batzen Profit einstecken und die Bodenbesitzer sich nicht an dem Zuwachs des Bodenwertes bereichern werden.

Ortschaften vor Hochwassergefahr zu schützen, ist auch kein Luxus. Die Ueberschwemmungen im Loiregebiet, die jedes Jahr den Bauern große Schäden zufügen, sind auch außerhalb Frankreichs wohl bekannt. Sie haben der Regierung schon große Summen an Unterstützungen gekostet. Natürlich sind es nicht die Paläste der Reichen, die in Paris oder in der Provinz von Hochwasser bedroht werden.

Im Ganzen handelt es sich also um ein Programm, das, soweit dies im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, nicht unwirtschaftlich und nicht unbillig ist. Beabsichtigt man tatsächlich 12 bis 20 Milliarden Francs auszugeben, so würden zu den schon genannten Plänen noch andere hinzukommen. Hoffentlich wird man dann auch den Bau von Arbeiterhäusern berücksichtigen. Denn obgleich überall am Rande der Stadt Paris und in den Vororten gebaut wird — dieser Tage wird eine neue Vorstadt bezogen, die binnen kurzem 100 000 Einwohner haben wird —, so fehlt es doch auch hier in Frankreich sehr an Wohnungen, deren Miete für Arbeiter, besonders ungelernete Arbeiter, erschwinglich ist. Eben daher rührt es zum Teil, daß sich viele Arbeiter mit Hilfe einiger Freunde in den Vororten einen „Pavillon“ unter unglaublichen sanitären Bedingungen bauen. Gerhard Kumbien (Paris).

Subventionen an die deutschen Reeder.

Von der deutschen Handelsflotte mit einer Gesamttonnage von 4,2 Millionen Brutto-Register-Tonnen liegen zur Zeit über 35 Prozent auf. Es besteht selbst bei einer Ueberwindung der Krise nur wenig Aussicht, diesen Teil der Flotte wieder restlos in Fahrt zu bringen.

Die Reichsregierung hat bekanntlich im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 12 Millionen Mark als Beihilfe zum Abwracken von 400 000 Tonnen veralteten Schiffsraums in Aussicht gestellt. Nach Durchführung dieses Abwrackprogramms wird etwa ein Zehntel der gesamten deutschen Handelsflotte abgewrackt sein. Voraussichtlich werden auf die Großreedereien (Hapag, Norddeutscher Lloyd, Hamburg-Süd, Hansa und Afrika-Linien) 49 Schiffe mit rund 275 000 Tonnen, auf die übrige Schifffahrt etwa 59 Schiffe mit rund 125 000 Tonnen entfallen.

Die Reeder erhalten die Beträge vom Reich zunächst ohne Rückzahlungsverpflichtung. Sie sollen sie aber später ~~normal zurückzahlen, wenn sie Reingewinne erzielen nach Vornahme normaler Abschreibungen~~ und nach den gesetzlichen Zuwendungen an den Reservefonds. Eine solche Rückzahlung kommt frühestens im Verlauf des Jahres 1935 in Betracht. Wir vermuten, daß sich bis dahin für das Reich eine Gelegenheit gefunden hat, auf die Rückzahlung endgültig zu verzichten. Das hier eingeschlagene Verfahren eignet sich zur Subventionierung überhaupt ausgezeichnet.

Man gibt zunächst Darlehen, über die sich die Öffentlichkeit nicht so sehr aufregt wie über Geschenke, und verwandelt nachträglich, wenn über die ganze Sache bereits viel Gras gewachsen ist, die Darlehen doch in Geschenke!

Die in Aussicht gestellten 12 Millionen Mark wurden in den Reichshaushalt 1932 nicht eingestellt; sie sollen erst in den nächsten Haushalt eingestellt werden. Der Betrag soll vorläufig, durch Wechseldiskontierungen unter Einlösungs-

garantie des Reiches durch ein Bankenconsortium beschafft werden; diesem hat die Reichsbank zugesagt, die aus der Abwrackaktion anfallenden Wechsel ihrerseits zu diskontieren. Letzten Endes wird also die Reichsbank jene 12 Millionen Mark zunächst aufbringen.

Die Werften rechnen damit, die zur Abwrackung gelangenden 400 000 Tonnen innerhalb von etwa 18 Monaten zu verschrotten. Durch diese Arbeiten werden 1000 bis 1500 Arbeiter auf 1½ Jahre beschäftigt werden können. Wenn der Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung im Vordergrund gestanden hätte, so wären andere Arbeiten besser geeignet gewesen!

So wird's gemacht: Die Reichsregierung verfügt großzügig unter einem sozialen Mäntelchen im voraus über Steuereinnahmen des nächsten Jahres zu Gunsten weniger Unternehmungen. Die Reichsbank ist bereit, zu ihren Gunsten in eine Kreditausweitung einzuwilligen. Beides geht auf Kosten der Massen der Bevölkerung. Das nennt man dann ~~„Bereitigung der Schifffahrt“~~ und dabei ist es in Hamburg ein offenes Geheimnis, daß gerade die am höchsten belohnten Schiffe nicht abgewrackt werden, weil die auf ihnen ruhenden Schulden zu groß sind, als daß sie mit Hilfe der Abwrackprämie getilgt werden könnten. Das nennt man dann ~~„Bereitigung der Schifffahrt“~~ Die Beson, mit denen man hier kehren müßte bei einem wirklichen Großreinemachen, müßten ganz anders aussehen!

Der frechste Interessentenhaufen: Bei einer Besprechung über die Verarbeitung von Holz zu Futtermitteln und Treibstoffen auf Grund der Erfindung von Dr. Bergius sagte Brandes, der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates: Die Landwirtschaft werde dem Verfahren keinerlei Hindernisse bereiten, soweit die Produktion auf Kosten der Auslandseinfuhr gehe. — Es wird wirklich Zeit, der Anmaßung dieser Herren ein Hindernis zu bereiten!

Probleme der Bauern-Kollektivisierung in der Sowjet-Union.

Olga Dománówska: „Agrarsozialismus in Rußland. Bringt die Kollektivisierung den Ausweg?“ 174 Seiten. E. L. A. u. b. s. c. Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Die Verfasserin dieses Buches ist Menschewistin, seit etwa zehn Jahren ist sie aus der Sowjet-Union fort. Also von vornherein Vorsicht gegenüber ihren Urteilen über die Sowjet-Union! Die Arbeit beruht nach der Versicherung der Verfasserin „ausschließlich auf sowjet-amtlichem Material“, — außerdem aber natürlich auf der feindseligen Haltung der Verfasserin gegenüber den heutigen Regenten in der Sowjet-Union. Wenn man das nicht vergißt, kann man aus ihrer Schrift etwas lernen, kann insbesondere lernen, wo Probleme liegen, auch wenn man ihre eigenen Lösungsvorschläge ablehnt.

Die Mitte 1932 veröffentliche Arbeit ist leider bereits Anfang 1931 abgeschlossen worden, so daß die neueste Entwicklung (die Zulassung von Verkäufen auf dem freien Markt) nicht dargestellt, wohl aber teilweise verständlich gemacht wird.

Ursachen der Kollektivisierungswelle.

Die Verfasserin zeigt zunächst die schwierige Lage vor der großen Kollektivisierungswelle: Der Prozentsatz des auf den Markt gelangenden Getreides ging erheblich zurück. Es gelangten auf den Markt:

Jahr	Prozent der Bruttoernte
1913	32
1925/26	16,4
1926/27	13,8
1927/28	8,9

Angesichts dieser Schwierigkeiten, die nicht nur den Ausfuhrplan und damit den Plan für die Einfuhr von industriellen Produktionsmitteln umstießen, sondern auch die Bereitstellung von Getreide für den inländischen Verbrauch stark erschwerten, hätte Olga Dománówska „eine radikale Aenderung der Grundlagen des Sowjet-Systems“ für richtig gehalten: „Der Umfang der verstaatlichten Wirtschaft mußte eingeengt, der Privatinitiative mußte ein bestimmter Spielraum gewährt, die forcierte Industrialisierung, die sich auf Kosten der Bauernwirtschaft vollzog, eingeschränkt, die auf die Landwirtschaft abgewälzte Last verringert, ein angemessenes Verhältnis zwischen Industrie- und Agrarkreisen hergestellt, das An-

schwellen der Inflation abgestoppt werden.“ (Seite 14.) Aber — so meint die Verfasserin — die politische Weisheit und revolutionäre Entschlossenheit, die Lenin beim Uebergang zur NEP bewiesen hatte, fehle seinen Schülern und Nachfolgern im entscheidenden, kritischen Augenblick.“ (Seite 15.)

So begann die „Offensive gegen das flache Land.“ „An die Verwirklichung des „Agrarsozialismus“ gingen die Kommunisten nicht um des Agrarsozialismus willen heran, sondern weil sie keine andere Möglichkeit sahen, ihre Sozialisierungspolitik in der Stadt durchzuführen.“ (Seite 16.)

Der Verlauf des Dramas.

Die Verfasserin schildert dramatisch die Schwierigkeiten, die der Durchführung der Kollektivisierungspolitik entgegenstanden. Der gewaltsame Druck, den die lokalen Behörden Ende 1929 für die Kollektivisierung einsetzten, führte zu unerwarteten Folgeerscheinungen. Die Bauern „antworteten darauf mit dem Verkauf ihrer Produktionsmittel, mit dem Abschlichten, Verzehr und Ausverkauf ihres Viehs.“ (Seite 24.)

Der russische Viehbestand ging, wie die folgende Tabelle zeigt, außerordentlich stark zurück:

Tierart	in Millionen Stück		
	1929	1930	1930 in Prozenten von 1929
Pferde	34,6	31,2	90,2
Großrinder	67,2	51,8	77,8
davon Kühe	30,8	26,7	88,1
Schweine	20,5	11,7	57,0
Schafe	192,8	89,3	67,2

Die Regierung kämpfte gegen diese Entwicklung; sie verbot Viehschlachtungen unter Androhung einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren. Als auch diese Maßnahme nichts fruchtete, folgte die Parole der beschleunigten Kollektivisierung des gesamten Bauernvermögens.

Die Kolchosen wuchsen mit großer Geschwindigkeit und überholten sämtliche Pläne des Fünfjahresplanes. Eine Belieferung aller Kolchosen mit Maschinen war einfach unmöglich. Sie hatten vielfach sogar überhaupt kein Inventar. Die Regierung verschaffte es ihnen, indem sie den Dorfgemeinden erlaubte, das Vermögen der Kulaken zu beschlagnahmen.

Daß diese Politik der Sowjet-Regierung unter der Landbevölkerung eine heftige Empörung ausgelöst hat, dafür brauchen wir eigentlich gar keine Beweise, von der Verfasserin zum Beweise genügt bereits der bekannte Artikel Stalins

vom 2. März 1930 („Kopfschwindelnd von Erfolg...“), in dem ein Rückzug angetreten wurde. Alle Verantwortung wurde auf die örtlichen Behörden abgewälzt, denen „dösköpfige Exzesse“ und „Verzerrungen der Generallinie der Partei“ vorgeworfen wurden.

Die folgende Tabelle gibt ein Bild von dem wilden Tempo der Kollektivisierung in den verschiedenen Perioden und von den Ergebnissen des „Rückzuges“:

	1.6. 1927	1.6. 1928	1.10. 1929	20.1. 1930	1.3. 1930	1. Mai 1930
Zahl der Kolchosen in 1000	14,8	33,2	57,0	67,4	—	110,2
Zahl der kollektivisierten Bauernbetriebe in 1000	19,5	41,7	100,3	191,9	439,5	1426,1
Zahl der kollektivisierten Bauernbetriebe in Proz. der Gesamtzahl der Betriebe	0,8	1,7	3,9	7,6	21,6	55,0

(Seite 27.)

Und die Arbeitslosigkeit?

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit gleichzeitig mit dem Vortreiben der Kollektivisierung wird von der Verfasserin folgendermaßen erklärt: Vom 1. April 1926 bis zum 1. April 1929 war die Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder von 1 182 500 bis auf 2 319 700 gestiegen. In den Wirtschaftsplänen für das folgende Jahr wurde mit einem weiteren Anschwellen der Erwerbslosenzahl gerechnet. Statt dessen kam es zu einer akuten Knappheit an Arbeitskräften. Warum? Die Kollektivisierung ist die Ursache. Zahlreiche Arbeiter beilieten sich, wieder aufs Land zu kommen, „um ihre Interessen an Ort und Stelle verteidigen zu können“. Außerdem hatte die akute Lebensmittelkrise die Lebensbedingungen der städtischen Arbeiterbevölkerung so verschlechtert, daß die Arbeiter es vielfach vorzogen, auf dem Lande zu bleiben, wie das ja auch zur Zeit des Kriegskommunismus der Fall war. Diejenigen Bauern, die keine Pferde und kein Inventar hatten, brauchten zudem auf dem Lande jetzt ja bloß ihre Arbeitskräfte dem Kolchos zur Verfügung zu stellen, um ein bestimmtes Existenzminimum gesichert zu bekommen. Viele Bauern, die früher eine Saisonbeschäftigung in der Industrie suchten, halten das jetzt für unrentabel, da die Kolchosen die Abführung hoher Beträge aus den Saisonverdiensten verlangen. (Seite 98/100.)

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Helmut Rauhenpalt.